



Griff ins Eingemachte

Vermögen. Die Senioren in Deutschland haben einiges auf der hohen Kante, vor allem ehemals Selbstständige und höhere Beamte müssen im Alter nicht darben. Während Unternehmer allerdings im Ruhestand häufig von ihrem Ersparten leben müssen, können andere Senioren ihr Vermögen weitgehend unangetastet lassen.

Die Deutschen haben fürs Alter vorgesorgt, meistens in Form von Wohneigentum, Wertpapieren, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Das jedenfalls zeigt ein Blick auf das Vermögen der Bevölkerung jenseits der gesetzlichen Regelalters-

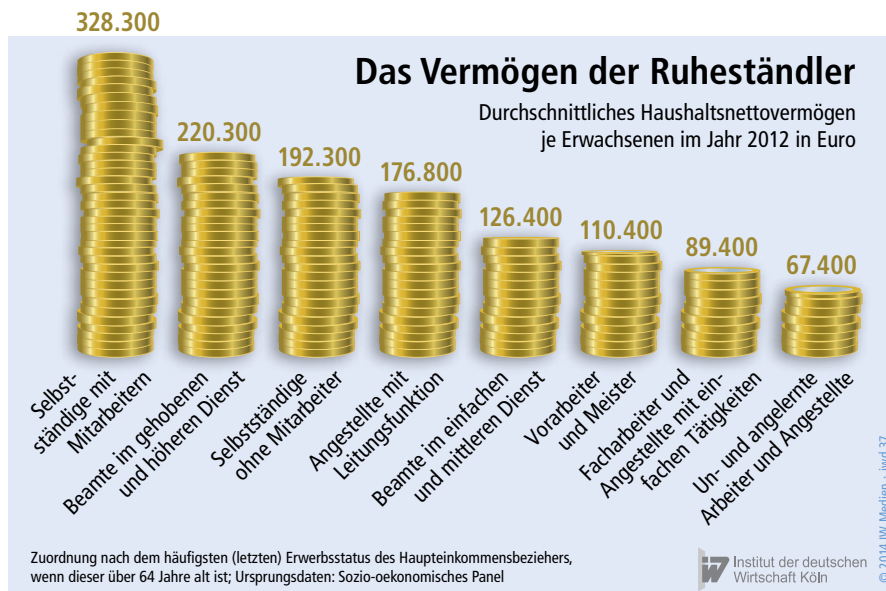
grenze (Grafik). Selbst in der Gruppe der ungelerten Arbeiter verfügt jeder Ruheständler im Durchschnitt über ein Nettovermögen von 67.000 Euro, wobei es allerdings große Abweichungen nach oben und unten gibt (Kasten Seite 2).

Für alle Erwerbsgruppen gilt die Faustregel: Je höher die Qualifikation und Funktion während des Berufslebens, desto höher ist das Vermögen im Alter. Ehemals leitende Angestellte zum Beispiel kommen im Durchschnitt auf annähernd 177.000 Euro – höhere Vermögen finden sich bei den Ex-Beamten des gehobenen und höheren Diensts, niedrigere bei den Beamten des einfachen und mittleren Diensts.

Die Gruppe der über 65-jährigen Unternehmer verfügt über das höchste Vermögen – im Jahr 2012 waren es durchschnittlich knapp 330.000 Euro.

Für Sozialneid besteht gleichwohl kein Anlass. Zum einen führen Unternehmer ihre Firma oft auch nach ihrem 65. Geburtstag weiter – und da das Betriebsvermögen in die Statistik mit eingeht, unterscheiden sich diese Unternehmer erheblich von ihren Altersgenossen, die schon im Ruhestand sind.

Außerdem sind die meisten Selbstständigen nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern müssen ihre Altersvorsorge privat →



Inhalt

Bafög. Die Ausbildungsförderung ist schon häufig erhöht worden – die Anpassungen halten aber nur selten mit der Inflation Schritt.
Seite 3

Bruttoinlandsprodukt. Durch die Revision der amtlichen Statistik fällt die deutsche Wirtschaftsleistung nun höher aus.
Seite 4-5

Brandenburg. Am Sonntag wird der neue Landtag gewählt. Das Bundesland steht auf einem soliden finanziellen Fundament.
Seite 6

Thüringen. Hier wird am Sonntag der neue Landtag gewählt. Ökonomisch steht Thüringen gut da – die Wirtschaftskraft konzentriert sich jedoch auf wenige Orte.
Seite 7

Arbeitsmarkt. Körperlich und psychisch belastende Berufe führen nicht unbedingt in den vorzeitigen Ruhestand.
Seite 8

→ organisieren. Ihre Reserven dienen also der Altersvorsorge.

Wenn man bedenkt, dass ein Durchschnittsverdiener nach 45 Beitragsjahren in Westdeutschland derzeit jeden Monat 1.287 Euro bzw. 1.187 Euro in den neuen Bundesländern von der Rentenversicherung erhält – und das bis an sein Lebensende –, dann relativieren sich die Rücklagen der Unternehmer.

Dass Vermögen den Selbstständigen als persönliche Rentenkasse dient, wird umso deutlicher, wenn man auf die Entwicklung des Nettovermögens im Lauf eines Lebens schaut (Grafik). Demnach bauen die Selbstständigen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze das höchste Nettovermögen auf – der Median (Erklärung siehe Grafik) erreicht fast 250.000 Euro. Das ist mehr als doppelt so viel wie bei einem leitenden Angestellten. Jenseits der 65 schmilzt das Vermögen des Ex-Unternehmers aber deutlich schneller:

Im ersten Ruhestandsjahrzehnt reduziert sich das Vermögen eines ehemaligen Unternehmers um stolze 70.000 Euro, das eines Abteilungsleiters aber nur um 7.000 Euro.

Nettovermögen nach Erwerbsgruppen

Im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels werden die Haushalte alle fünf Jahre detailliert nach ihren Vermögenswerten befragt, zuletzt für das Jahr 2012. Die IW-Forscher haben für jeden Haushalt die Angaben zu Betriebs-, Immobilienvermögen, Lebensversicherungen, Geldanlagen und Kontoguthaben summiert. Das Nettovermögen je Erwachsenen ergibt sich, wenn Hypotheken und Konsumentenkredite gegengerechnet werden und das Ergebnis durch die Zahl der erwachsenen Haushaltsmitglieder geteilt wird.

Ob die Personen mit ihrem Nettovermögen nun der Gruppe der Beamten, Angestellten oder Selbstständigen zugerechnet werden, hängt vom Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands ab – das ist das Haushaltsmitglied mit dem höchsten Beitrag zum gemeinsamen Einkommen. Bei Ruheständlern erfolgt diese Zuordnung nach dem häufigsten beziehungsweise dem letzten Erwerbsstatus.

Neben dem durchschnittlichen Vermögen wird vielfach auch der Median ausgewiesen. Dabei werden in den jeweiligen Gruppen alle Vermögen aufsteigend sortiert – der Wert genau in der Mitte dient dann als Referenzwert. Das ist bei der Aufteilung nach Altersstufen und Erwerbsgruppen sinnvoll, weil die Fallzahl dadurch kleiner und der Durchschnittswert durch Ausreißer verzerrt wird.

Bei den Selbstständigen ohne Mitarbeiter bleibt das Vermögen im Alter dagegen eher erhalten. Ein Grund dafür ist, dass zu dieser Gruppe auch jene Freiberufler zählen, die in einem berufsständischen Versorgungswerk abgesichert sind. Sie müssen deshalb im Alter weniger stark auf Sach- und Geldwerte zurückgreifen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das gilt zum Beispiel für Rechtsanwälte und Ärzte.

Pensionäre, die im gehobenen Dienst tätig waren, können ihre

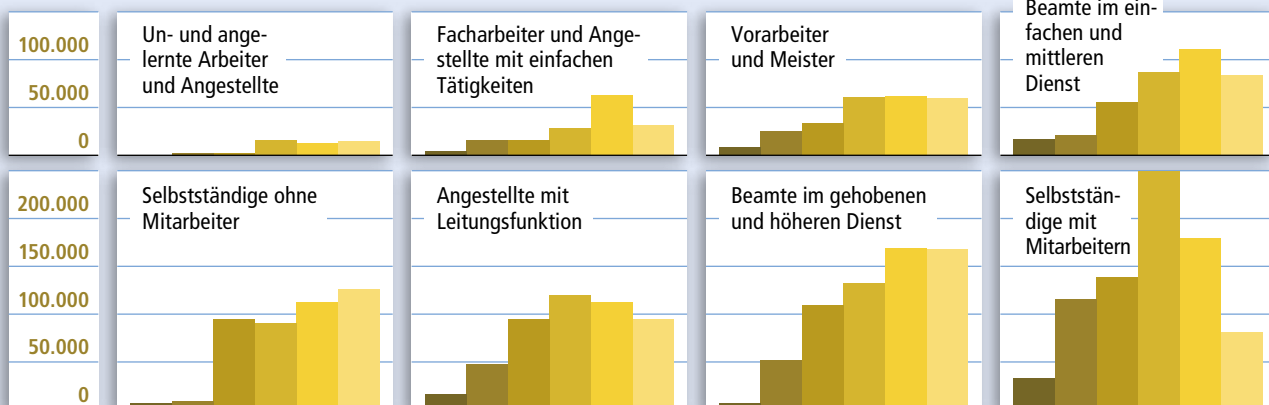
komfortable Vermögensposition ebenso in den meisten Fällen halten, während ehemalige Staatsdiener des einfachen und mittleren Diensts deutlich eher ans Eingemachte gehen müssen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Facharbeitern. Je weniger herausgehoben die berufliche Stellung im Erwerbsleben war, desto stärker schmilzt das Vermögen im Alter – zum Beispiel, weil eine kleinere Rente nicht ausreicht, um den Lebensstandard zu halten.

Das Vermögen im Lauf eines Lebens

Median des Haushaltsnettovermögens je Erwachsenen nach Alter und Erwerbsstatus des Haupteinkommensbeziehers im Jahr 2012 in Euro

■ 25 bis 34 ■ 35 bis 44 ■ 45 bis 54 ■ 55 bis 64 ■ 65 bis 74 ■ 75 und älter



Median: Eine Hälfte hat mehr Vermögen, die andere weniger als den ausgewiesenen Wert
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Studenten können mal kurz aufatmen

Bafög. Die Bundesregierung will die staatliche Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten erhöhen. In den vergangenen 40 Jahren haben die Bafög-Anpassungen allerdings nicht immer mit der Preisentwicklung Schritt gehalten. Um reale Einnahmeverluste zu vermeiden, sollte das Bafög deshalb an die Inflation gekoppelt werden.

Kaum an der Uni, sind die meisten Studenten schon Profis in Sachen Mischkalkulation: Ein bisschen was von den Eltern, ein bisschen was vom Staat und ein bisschen was dazuverdienen – so sieht die Studienfinanzierung in der Regel aus. Manchmal kommt auch noch Geld aus einem Studienkredit oder einem Stipendium hinzu. Am Ende des Monats kommen so im Schnitt 864 Euro zusammen.

Als die Bundesregierung Mitte August ihre geplante Bafög-Reform vorstellte, dürfte das sowohl die 666.000 Studenten als auch die 293.000 Schüler, die derzeit die staatliche Ausbildungsförderung erhalten, gefreut haben: Schließlich soll es künftig mehr Geld geben. Für Studenten etwa steigt der monatliche Grundbedarf von 373 Euro um knapp 7 Prozent auf 399 Euro. Der Höchstsatz für Hochschüler steigt von 597 Euro im Monat sogar um 8,7 Prozent auf 649 Euro, wenn man den Wohnzuschlag hinzunimmt und den Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag abzieht.

Allerdings gibt es die Bafög-Erhöpfung erst im Herbst 2016. Die letzte Anpassung erfolgte im Oktober 2010, Bafög-Empfänger müssen also schlimmstenfalls sechs Jahre mit

konstanten Fördersätzen zurechtkommen. Zwar fiel die 2010er-Erhöpfung mit 16,6 Prozent üppig aus, doch in der Regel konnten die Bafög-Anpassungen in der Vergangenheit mit dem steigenden Preisniveau nicht mithalten (Grafik):

Seit 1974 gab es in Deutschland sechs Bafög-Erhöhungen, die die Preiserhöhungen übertroffen haben, aber neun, die unterhalb des Inflationsniveaus blieben.

Problematisch sind auch die unregelmäßigen Abstände, in denen die Unterstützung angepasst wird: Seit der Wiedervereinigung liegen zwischen den einzelnen Bafög-Novellen zwischen 15 und 88 Monate. Ursprünglich war Anfang der 1970er Jahre vorgesehen, die staatliche Ausbildungsförderung alle zwei Jahre anzupassen. Dieser Rhythmus gelang aber nur in den 1980er Jahren.

Um zu verhindern, dass Bafög-Bezieher im Lauf ihrer Ausbildung reale Einnahmeverluste erleiden, sollten die Sätze künftig nicht nur in kürzeren Zeitabständen regelmäßig überprüft, sondern auch an die Preisentwicklung gekoppelt werden.

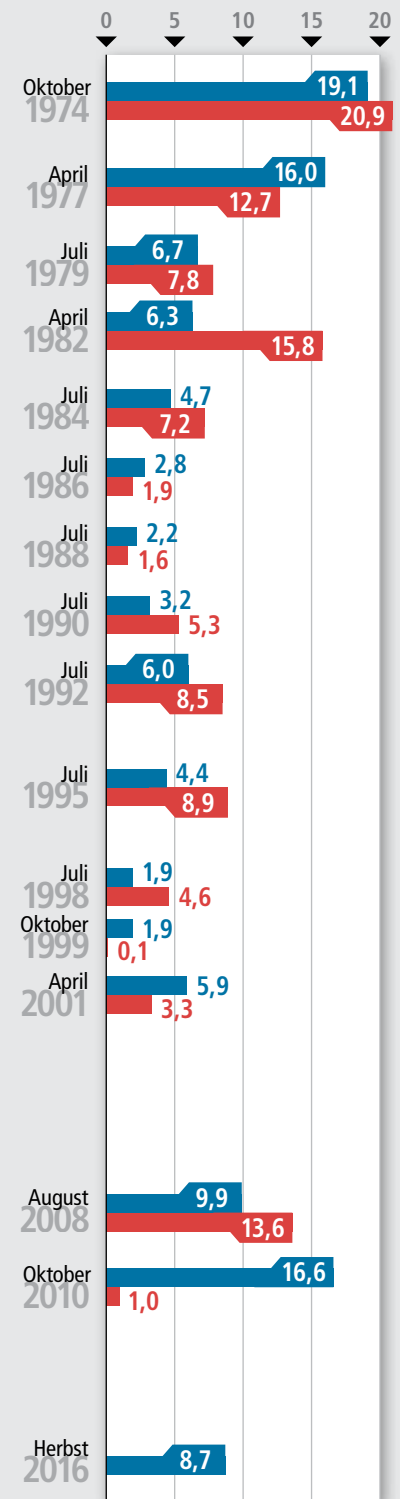
Darüber hinaus müsste die Bafög-Förderung in ein transparentes und leistungsgerechtes System der Studienfinanzierung eingebettet werden: Dazu zählen Boni, die der Bund den Hochschulen für jeden erfolgreichen Absolventen zahlt, sozialverträgliche Studiengebühren, die erst nach Studienende fällig werden, sowie eine finanzielle Entlastung der Bafög-Empfänger, indem beispielsweise der Darlehensanteil auf 1.000 Euro pro Semester begrenzt wird (vgl. iwD 18/2013).

Bafög: Die reine Willkür

Um so viel Prozent stieg ...

■ ... der Bafög-Höchstsatz seit der vorherigen Bafög-Anpassung

■ ... das Preisniveau seit der vorherigen Bafög-Anpassung



Bafög-Höchstsatz: für Studenten, die nicht bei den Eltern wohnen; ohne Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag; bis März 2001: nur früheres Bundesgebiet; bis Juli 1992: Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet, danach Verbraucherpreisindex für Gesamtdeutschland

Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwD 37

Da ist jetzt mehr drin

Bruttoinlandsprodukt. Nach der Revision der amtlichen Statistik fällt die deutsche Wirtschaftsleistung nun um einiges höher aus als zuvor. Andere Indikatoren – wie das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts oder die Einkommensverteilung – haben sich durch die Neuberechnung allerdings kaum verändert.

Was haben die Unternehmen im vergangenen Jahr produziert und wie viel exportiert? Wie haben sich die Investitionen der einzelnen Branchen entwickelt? Und wie sieht es mit der Verteilung der Einkommen aus? Um solche Fragen zu beantworten, greifen Ökonomen auf Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zurück.

Diese amtliche Statistik erfüllt aber nur dann ihren Zweck, wenn sie die – sich ständig verändernde – wirtschaftliche Realität gut abbildet. Dazu müssen die statistischen Konzepte von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand gestellt werden.

Eben dies ist 2014 wieder geschehen – auf der Grundlage neuer internationaler Standards (Kasten Seite 5 links). Insgesamt haben die Statistiker 44 Neuerungen vorgenommen – in den Medien wurde

bislang aber nur eines diskutiert: die Tatsache, dass künftig auch illegale Aktivitäten wie Drogenhandel und Zigarettenschmuggel in die Wirtschaftsleistung einfließen. Der quantitative Effekt dieser Neuerung ist allerdings eher gering.

Die größten Veränderungen resultieren vielmehr daraus, dass der Investitionsbegriff deutlich weiter gefasst wird und nun insbesondere auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung einschließt (Kasten Seite 5 rechts). Allein das erklärt rund 70 Prozent der Differenzen zwischen alter und neuer Statistik. Einige wesentliche Veränderungen im Detail:

- **Bruttoinlandsprodukt (BIP).** Die veränderten Berechnungsmethoden wirken sich merklich auf die gemessene Wirtschaftsleistung aus (Grafik Seite 5 oben):

Das Bruttoinlandsprodukt der Jahre 1991 bis 2013 fällt in der revidierten Rechnung im Durchschnitt um 3,1 Prozent höher aus als bisher.

Für das vergangene Jahr beispielsweise beläuft sich die Abweichung auf rund 72 Milliarden Euro.

Theoretisch könnte sich durch die Revision auch die Wachstumsrate erhöhen – nämlich dann, wenn die neu aufgenommenen Forschungs- und Entwicklungsausgaben deutlich stärker steigen als die übrigen Teile der Wirtschaftsleistung. In den Jahren 1991 bis 2013 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate des nominalen BIP aber auch nach neuer Rechnung unverändert 2,7 Prozent – bei maximalen jährlichen Abweichungen von minus 0,5 bis plus 0,3 Prozentpunkten.

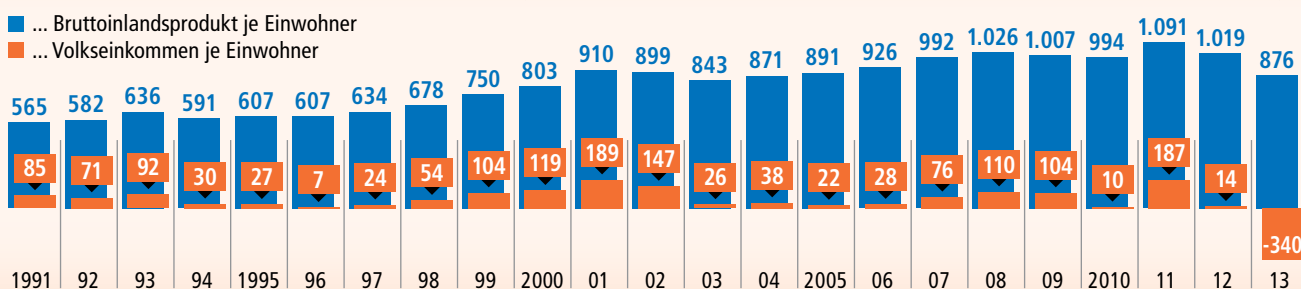
In preisbereinigter Rechnung gab es ebenfalls keinen Schub:

Sowohl die neue als auch die alte Statistik beziffert die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP für den Zeitraum 1991 bis 2013 auf 1,3 Prozent.

Volkseinkommen ändert sich kaum

Das Volkseinkommen ist die Summe der von Inländern bezogenen Arbeitnehmerentgelte sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Aus dem Bruttoinlandsprodukt lässt es sich berechnen, indem zunächst die von Ausländern im Inland erzielten Einkommen abgezogen und die von Inländern im Ausland erzielten Einkommen hinzuaddiert werden – man erhält das Bruttonationaleinkommen. Hiervon werden Abschreibungen sowie Produktions- und Importabgaben (z. B. Steuern) abgezogen und Subventionen hinzuaddiert – das Ergebnis ist das Volkseinkommen.

Durch die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im September 2014 hat sich das ... in Deutschland um so viel Euro erhöht bzw. verringert



Zwar ergibt sich aus der neuen VGR für das Krisenjahr 2009 ein Rückgang der realen Wirtschaftsleistung um 5,6 Prozent – bisher waren es 5,1 Prozent. Dafür war aber auch die anschließende Erholung laut revidierter Statistik etwas stärker.

- **Investitionsquote.** Aus dem erweiterten Investitionsbegriff folgt, dass auch der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt laut neuer VGR höher ausfällt (Grafik):

Die durchschnittliche Investitionsquote der Jahre 1991 bis 2013 beträgt nach neuer Rechnung 21,4 Prozent statt zuvor 19,7 Prozent.

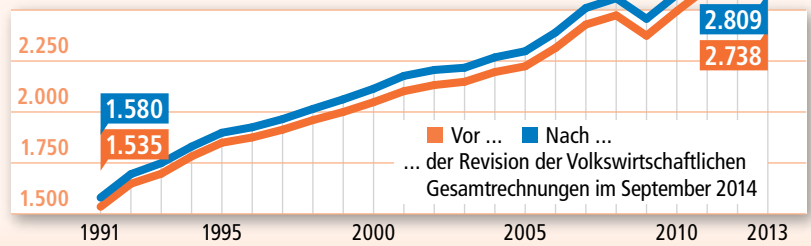
Das sieht zunächst einmal erfreulich aus, gilt diese Quote doch oft als Anhaltspunkt für das künftige Wachstum der deutschen Volkswirtschaft. Allerdings hat auch die aktuelle VGR-Revision nichts daran geändert, dass die Investitionsquote im Lauf der Jahre deutlich zurückgegangen ist.

- **Einkommensverteilung.** Die höhere Wirtschaftsleistung hat auch das BIP je Einwohner kräftig steigen lassen – im Jahr 2013 beispielsweise um 876 Euro (Grafik Seite 4). Es läge nahe, dass eine andere Kennziffer der Wirtschaftskraft, das Volkseinkommen, nun gleichfalls wesentlich höher ausfallen müsste. Dem ist aber nicht so – die Abweichung zwischen altem und neuem Volkseinkommen je Einwohner war in den Jahren 1991 bis 2013 meist sehr gering; 2013 war die Differenz sogar negativ.

Ebenso könnte man erwarten, dass der durch die höheren Investitionen gewachsene Kapitalstock auch zu mehr Kapitaleinkommen führen müsste. Dann wären die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nach neuer Rechnung höher als zuvor – demnach müsste die Lohnquote, also der Anteil der Ar-

Wirtschaftsleistung auf höherem Niveau

Nominales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in Milliarden Euro



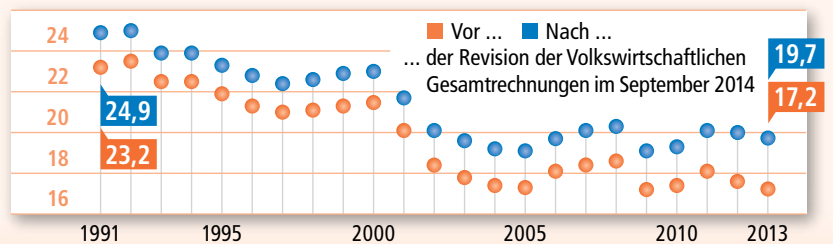
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 37

Investitionstrend bleibt negativ

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in Prozent



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 37

Die Revision der VGR

Grundlage für das im September 2014 veröffentlichte neue deutsche Statistikkonzept ist die Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010. Dieses wiederum basiert auf dem weltweiten System of National Accounts 2008. Das ESGV 2010 wurde im Mai 2013 vom Europäischen Parlament und vom Rat per Verordnung beschlossen. Die Vorgaben sind daher für alle EU-Länder verbindlich.

beitnehmerentgelte am Volkseinkommen, nun niedriger ausfallen. Doch auch hier: Fehlanzeige.

Der Grund dafür ist, dass mit dem vergrößerten Kapitalstock auch die Abschreibungen deutlich gestiegen sind. Im Schnitt der Jahre 1991 bis 2013 weisen die revidierten Daten um 19 Prozent höhere Abschreibungen aus. Diese werden jedoch bei der Berechnung des Volkseinkommens vom BIP abgezogen – folglich

Forschen heißt investieren

In der revidierten VGR gelten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) nicht mehr als Vorleistungen, sondern als Bruttoanlageinvestitionen. Die Statistiker begründen dies damit, dass die Ergebnisse der Forschungstätigkeit – zum Beispiel ein neues Fertigungsverfahren – in der Güterproduktion dauerhaft zum Einsatz kommen können. FuE-Leistungen sind damit ein Investitionsgut, das in der Zukunft zu höheren Erträgen führt.

schlägt dessen Erhöhung nicht auf das Volkseinkommen durch.

Stattdessen fallen die Arbeitnehmerentgelte sogar höher aus als zuvor, weil auch die Erwerbstätigenrechnung überarbeitet wurde. So zählen nun auch Beschäftigte in Einrichtungen für Behinderte als Arbeitnehmer. Unterm Strich liegt die revidierte Lohnquote für 1991 bis 2013 nun bei 69,0 Prozent – ein Plus von 0,1 Prozentpunkten.

Mit Speck macht man Mäuse

Brandenburg. Rund 2,1 Millionen Wahlberechtigte entscheiden am kommenden Sonntag, ob die einzige rot-rote Koalition in Deutschland weitermachen kann oder nicht. Doch wie auch immer sich die neue Landesregierung zusammensetzt: Sie übernimmt einen vorbildlichen Haushalt – und Deutschlands größtes Desaster.

Der amtierende Ministerpräsident Dietmar Woidke hat vor einem Jahr die Regierungsgeschäfte von Matthias Platzeck übernommen und verantwortet seitdem ein Bundesland, das mit vielen wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen aufwarten kann.

Im Jahr 2013 wies der Landeshaushalt den höchsten Überschuss aller Bundesländer auf. Bei Einnahmen von 10,7 Milliarden Euro wurde ein positiver Finanzierungssaldo von 631 Millionen Euro erzielt. Brandenburg ist damit das einzige

ostdeutsche Bundesland, das auch ohne Länderfinanzausgleich schwarze Zahlen schrieb.

Diesen Erfolg verdankt Brandenburg seinem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum. Seit dem Jahr 2000 ist das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der 2,4 Millionen Einwohner um fast 41 Prozent gestiegen – und damit gut 7 Prozentpunkte stärker als in Deutschland insgesamt. Doch der Aufholprozess ist noch lange nicht zu Ende (Grafik):

Das brandenburgische Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreichte im vergangenen Jahr mit rund 23.800 Euro erst 71 Prozent des bundesweiten Durchschnitts.

Auch die Entwicklung der Arbeitslosenquote kann sich sehen lassen: Zwar war sie im vergangenen Jahr noch 3 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt, blieb aber mit 9,9 Prozent erstmals seit der

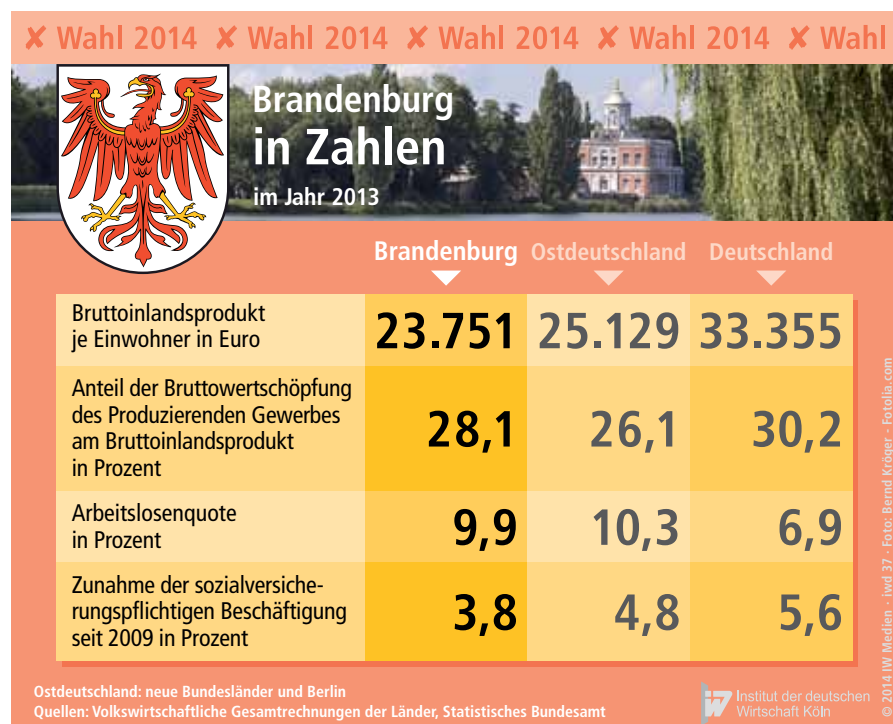
Wiedervereinigung unter der Marke von 10 Prozent.

Getreu dem Motto „only bad news is good news“ wurden all diese Erfolge jedoch vom Chaos um den Flughafen Berlin Brandenburg (BER) überstrahlt. Mehrfache Verschiebungen des Eröffnungstermins und Mehrkosten in Milliardenhöhe rückten das BER-Desaster noch stärker in den medialen Fokus als die ebenfalls schlagzeilenträchtige Insolvenz des Cargolifters im Jahr 2002 – oder als die Chipfabrik in Frankfurt/Oder, die als „Wunder von Frankfurt“ gestartet war und 2003 als Investitionsruine endete.

Diese Negativbeispiele lassen leicht übersehen, dass Brandenburg über sehr erfolgreiche Wirtschaftsstandorte verfügt. Die Ergebnisse des diesjährigen Regionalrankings der IW Consult zeigen, dass gerade die Regionen im Speckgürtel Berlins enorm von der Attraktivität der Hauptstadt profitieren:

Die Landkreise Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und die Landeshauptstadt Potsdam zählen zu den dynamischsten Wirtschaftsregionen Deutschlands.

Dazu hat nicht zuletzt die Ansiedlung klangvoller Industrieunternehmen beigetragen – darunter der Flugzeugzulieferer Rolls-Royce in Dahlewitz und der Triebwerkshersteller MTU Aero Engines in Ludwigsfelde. Ebenfalls in Ludwigsfelde, das rund 40 Kilometer südlich von Berlin liegt, montiert Mercedes den Transporter „Sprinter“ und der VW-Konzern betreibt dort ein großes Ersatzteilauslieferungs- und Schulungszentrum.



A4 – und dann immer geradeaus

Thüringen. Am 14. September wählen rund 1,9 Millionen Wahlberechtigte den neuen Landtag in Erfurt. Ökonomisch steht Thüringen gut da, allerdings konzentriert sich die Wirtschaftskraft auf wenige Orte.

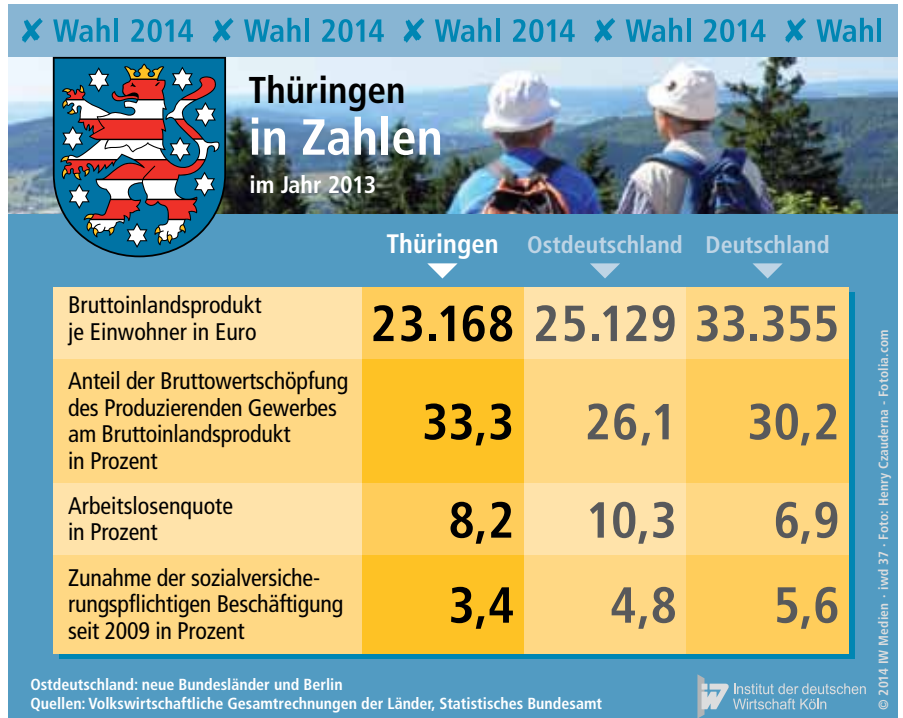
Die Hauptschlagader Thüringens verläuft einmal quer durchs Land. Entlang der Bundesautobahn 4 reihen sich mit Eisenach, Erfurt, Weimar und Jena die bedeutendsten Zentren des Freistaats von West nach Ost aneinander wie Perlen auf einer Schnur.

So gilt Jena schon seit Jahren als Paradebeispiel dafür, wie eine Stadt den Wandel von der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft meistern kann:

Die 110.000 Einwohner zählende Stadt Jena ist – zusammen mit der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam – eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Städte in Ostdeutschland.

Basis dafür sind ein dichtes Netz an Forschungseinrichtungen rund um die größte Universität des Freistaats und eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen in den High-tech-Branchen Optik, Informationstechnologie und Biotechnologie.

Mit Weimar hat Thüringen zudem ein kulturelles Zentrum, das wegen seiner mehrfachen Auszeichnungen als UNESCO-Weltkulturerbe internationalen Ruf genießt. Dazu zählen die Wirkungsstätten von Goethe und Schiller, die Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek und die Kunstgewerbeschule, die als Wiege der Bauhausbewegung gilt.



Die insgesamt gute Entwicklung Thüringens ist nicht zuletzt auf die günstigen staatlichen Förderbedingungen und ein großes Reservoir an Arbeitskräften zurückzuführen.

So hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine industrielle Wirtschaftsstruktur entwickelt, die in Bezug auf die Anzahl der Arbeitsplätze den Industriezentren in Baden-Württemberg und Bayern in nichts nachsteht. Auch deshalb ist die durchschnittliche Kaufkraft der rund 2,2 Millionen Thüringer höher als die der Nachbarn in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Ein Blick auf wichtige ökonomische Kennziffern verdeutlicht den Erfolg:

Hohe Industriequote. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung liegt in Thüringen bei 33,3 Prozent (Grafik). Dieser Wert ist der höchste aller ostdeutschen

Bundesländer und liegt zudem über dem Bundesdurchschnitt.

Hohe Wachstumsrate. Das Bruttoinlandsprodukt ist seit dem Jahr 2000 um 46 Prozent gestiegen – und verzeichnet damit den höchsten Zuwachs aller Bundesländer.

Weniger Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote lag 2013 bei 8,2 Prozent, das war der niedrigste Wert in Ostdeutschland. Im Vergleich zum Jahr 2000 hat Thüringen die Quote fast halbiert – kein anderes Bundesland hat besser abgeschnitten.

Von diesen Erfolgen haben aber offenbar längst nicht alle Thüringer profitiert. Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreicht das Land nicht einmal 70 Prozent des Bundesdurchschnitts und auch beim Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung hinkt Thüringen sowohl dem ostdeutschen als auch dem bundesweiten Mittelwert deutlich hinterher.

Wer zufrieden ist, bleibt

Arbeitsmarkt. Ob Dachdecker oder Krankenschwester – körperlich und psychisch belastende Berufe führen nicht zwangsläufig in den vorzeitigen Ruhestand. Entscheidend ist vielmehr die Arbeitszufriedenheit.

Können Krankenschwestern mit Mitte 60 noch mühelos Katheder und Kanülen legen? Oder Dachdecker kurz vor dem gesetzlichen Rentenalter noch Regenrinnen reparieren? Sie können, sagt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Darin geht es um die Lebensläufe von Menschen in belastenden Berufen – also um Jobs, in denen körperliche, psychosoziale und organisatorische Risikofaktoren wie Schichtarbeit weit verbreitet sind.

Zwischen 2000 und 2011 war immerhin knapp ein Viertel der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer in einem belastenden Beruf tätig, von den Frauen gingen knapp

16 Prozent einer Arbeit nach, die solche Risikofaktoren birgt.

Entgegen der landläufigen Annahme, dass belastende Berufe zu einem vorzeitigen Renteneintritt führen, konnte das ZEW nachweisen, dass dieser Zusammenhang nicht generell existiert:

Nicht der Beruf, sondern individuelle Faktoren wie der subjektiv empfundene Gesundheitszustand und die Zufriedenheit mit der Arbeit entscheiden darüber, ob jemand früher in Rente geht oder nicht.

In puncto Arbeitszufriedenheit sieht es in Deutschland auf jeden Fall ziemlich gut aus, wie die Initiative Gesundheit und Arbeit herausfand – ein Verbund, der von den gesetzlichen Krankenkassen und Unfallversicherungen getragen wird (Grafik):

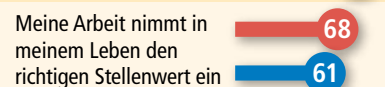
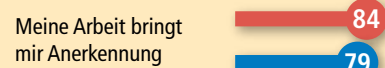
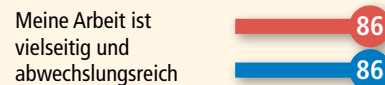
Knapp neun von zehn Erwerbstätigen halten ihren Job für vielseitig und abwechslungsreich; acht von zehn Arbeitnehmern geben zudem an, dass die Arbeit ihnen Anerkennung einbringt und sie fit hält.

Ein weiterer Indikator für die Arbeitszufriedenheit ist die Bereitschaft, den Job zu wechseln – und die ist in den vergangenen Jahren stark gesunken: 2007 wollten sich noch 40 Prozent der Männer und 35 Prozent der Frauen einen neuen Arbeitgeber suchen, inzwischen ist dies

Glücksfaktor Arbeit

So viel Prozent der Befragten sagen

■ Frauen ■ Männer



Befragung von 1.972 Erwerbstätigen von März bis Mai 2013

Quelle: Initiative Gesundheit und Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 37

nur noch für maximal 27 Prozent der Beschäftigten eine Option.

Was die Wechselbereitschaft angeht, gibt es allerdings große Unterschiede zwischen den Berufen: In den Sozial- und Erziehungsberufen etwa oder in den Büroberufen ist der Wechselwille unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die Metall-Arbeitgeber konnten ihre Attraktivität zuletzt ebenfalls steigern: Männer, die in den Fertigungsberufen der Elektro-Montage und des Metall- und Maschinenbaus arbeiten, sind vergleichsweise selten an einem Wechsel interessiert. In den Dienstleistungsberufen sowie unter den Geringqualifizierten sieht das anders aus: Hier ist die Wechselbereitschaft überdurchschnittlich – sowohl unter den Frauen als auch unter den Männern.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.